



Mitteilungsblatt des Andreas Hofer Bund e.V.

70 Jahre Pariser Vertrag – eine kritische Betrachtung. Kein Grund zum Feiern, aber ein Grund zum Nachdenken

Mit der Broschüre "70 Jahre Pariser Vertrag 1916 – 2016" liefert die Südtiroler Landesregierung den Südtirolern einen historischen Rückblick über die Nachkriegsgeschichte des Landes. Dabei wird die Entwicklung leider sehr einseitig dargestellt, entscheidende Fakten werden ausgeblendet und fragwürdige Ereignisse verherrlicht. Einer objektiven Geschichtsschreibung hält die Broschüre nicht stand, weshalb sie eher als parteipolitisches Propagandahaft der SVP zu bezeichnen ist, erstellt mit Steuergeldern.

Wenn die auf dem Pariser Vertrag fußende Autonomie durchaus als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden kann, so wurde in der Broschüre sträflich vergessen, dass ohne massiven demokratischen Einsatz und ohne den Freiheitskampf das Tor zu den Autonomieverhandlungen nicht aufgegangen wäre. Die im Laufe der Zeit dem Staat abgerungenen Zuständigkeiten bilden einen Rahmen für den Schutz der deutschen und ladinischen Volksgruppe. Es ist jedoch fraglich, ob die Sorge entkräftet werden kann, die bereits die sogenannten "Paket-

gegner" geäußert hatten, ob nämlich das Paket eine ausreichenden Sicherung des Bestandes und der natürlichen Entwicklung der Südtiroler in ihrer angestammten Heimat – auch bei ungeschwächtem Erhaltungswillen ihrer Eigenart – gewährleisten kann.

Aus dem Schutz der deutschen Volksgruppe – die ladinische wurde bedauerlicherweise im Pariser Vertrag "vergessen" und erfuhr erst mit dem Zweiten Autonomiestatut ihre Anerkennung – ist inzwischen ein Volksgruppenausgleich geworden. Dieser hat zwar zur allgemeinen Befriedung aller drei Volksgruppen im Lande beigetragen, aber einige Hürden sind noch immer nicht überwunden. So besteht etwa für die Ortsnamensgebung immer noch keine vertretbare Lösung und Errungenschaften wie Proporz und Zweisprachigkeit unterliegen fortwährenden Verletzungen. Wenn der ethnische Proporz in der vorliegenden Broschüre als Friedensstifter bezeichnet wird, so ist der Absicht zuzustimmen, dem Ergebnis jedoch nur begrenzt. Vor allem aber schränkt der Verfassungsgerichtshof jeglichen Spielraum für einen weiteren Ausbau der Autonomie ein. Die bevorstehende Verfassungsreform in ihrer zentralisti-

schen Ausrichtung lässt nichts Gutes für Südtirol erwarten. Der Umstand, dass sie für Südtirol erst nach Anpassung des Autonomiestatuts Anwendung finden soll, ist wenig beruhigend.

Offen ist auch noch das Ergebnis des Autonomiekonvents, wobei vorhersehbar ist, dass nach der "Filterung" im Landtag, im Regionalrat und im Parlament keine großen Sprünge zu erwarten sind. Am Ende muss man vielleicht sogar froh sein, keine Rückschritte hinnehmen zu müssen. Es ist bezeichnend, dass jene politischen Kräfte, die den Autonomiekonvent unbedingt wollten, nun Bauchweh haben, weil die Besetzung dieses Hilfsorgans des Landtages nicht nach ihrem Geschmack erfolgt ist. Die gemischte Schule, die Aufhebung bzw. Abschwächung des Proporz und der Ansässigkeitspflicht scheinen im Autonomiekonvent glücklicherweise nicht mehrheitsfähig zu sein.

Nach 70 Jahren Autonomiegeschichte muss festgestellt werden, dass die große Mehrheit der Italiener im Lande nicht für diese Autonomie zu begeistern war. Dabei profitiert die italienische Volksgruppe inzwischen ebenso davon. Es gibt bei vielen Italienern immer noch kein Südtirol-Bewusstsein, wie es etwa die Italiener in der Schweiz entwickelt haben. Für mich ist die Autonomie auf der Grundlage des Paketes lediglich eine Interpretation des Pariser Vertrages, aber sicher nicht das Ende der Südtiroler Geschichte. Die SVP hat keine politische Vision, die über diese Autonomie hinausreicht; sie hat daraus ein Machtinstrument zur Absicherung der eigenen Interessen gemacht und ist dabei, Südtirol in den italienischen Staatsverband dauerhaft zu "integrieren".

So wie es nicht gelungen ist, viele der zugewanderten Italiener in Südtirol zu integrieren, so wenig wird es erst recht gelingen, die hohe Anzahl an Zuwanderern aus aller Herren Länder zu integrieren. Die massive Zuwanderung von Ausländern war für die Väter der Autonomie kein Thema und es gibt keine Bestimmung, die uns davor schützen könnte. Es gibt seitens der SVP nicht den geringsten Willen, dem Abhilfe zu schaffen. Der Minderheitenschutz wird wegen dieser Entwicklung relativiert, wenn nicht ausgehebelt. Dadurch ist der ethnische Frieden mehr gefährdet als durch die Auseinandersetzungen zwischen den drei Volksgruppen. Auswirkungen der unkontrollierten Massenzuwanderung, zumal aus muslimischen Ländern, beunruhigen inzwischen die Menschen überall in Europa. Warum sollte ausgerechnet Südtirol davon nicht betroffen sein?

Grundsätzlich gilt festzuhalten:

Das Pariser Abkommen wurde als internationaler Vertrag zwischen Italien und Österreich weder für das Trentino noch für die in Südtirol lebenden Italiener und schon gar nicht für die Zuwanderer aus aller Herren Länder, sondern einzig und allein zum Schutze der Südtiroler abgeschlossen. Mit Hilfe des Vaterlandes Österreichs, dem an dieser Stelle für die Unterstützung der letzten Jahrzehnte ausdrücklich gedankt sei, und im Geiste der Menschenrechte wird es gelingen, auch die postautonome Zeit zu überwinden und selbstbestimmt die Freiheit zu erlangen. Daher: gedenken und nachdenken ja – feiern nein!

L. Abg. Pius Leitner, Fraktionsvorsitzender DIE FREIHEITLICHEN

Werden wir eine Minderheit im eigenen Land?

Ausländeranteil an Südtirols Kindergärten und Grundschulen steigt stark an – Massenmigration ist volkstumspolitisch bedenklich.

Der Freiheitliche Landtagsabgeordnete Walter Blaas forderte vor einem Jahr in einer Anfrage Auskunft über den Anteil ausländischer Kinder und Jugendlicher in Südtirols Kindergärten und Schulen. Schon damals waren die Daten alarmierend und der ungebremste Zustrom von Migranten wird die Entwicklung weiter verschärfen.

Insgesamt besuchten im Kindergartenjahr 2014/15 1.204 Kinder mit ausländischer Staatsbürgerschaft die deutschsprachigen Kindergärten des Landes. **Somit lag der Ausländeranteil bei 10,1%**. Im Jahr zuvor waren es 1.066 Kinder, vor zwei Jahren 968 und im Kindergartenjahr 2011/12 besuchten 859 ausländische Kinder einen deutschen Kindergarten.

Auch in den deutschen Grundschulen des Landes stieg der Ausländeranteil kontinuierlich an. Lag der Anteil im Schuljahr 2011/12 mit 1.180 Kindern noch bei 5,9%, so stieg er 2012/13 mit 1.300 Kinder auf 6,5% und 2013/14 mit 1.428 Kinder auf 7,1%. Im vergangenen Schuljahr besuchten 1.554 ausländische Kinder eine deutsche Grundschule, **womit der Anteil auf 7,7% kletterte.**

Weitaus höher liegt der Anteil ausländischer Kinder aber in den italienischsprachigen Kindergärten und Grundschulen des Landes. Im Kindergartenjahr 2014/15 besuchten insgesamt 923 ausländische Kinder einen italienischen Kindergarten.

Somit waren 25,3%, sprich ein Viertel, der Kindergartenkinder Ausländer. Fast gleichhoch liegt der Ausländeranteil in den italienischen Grundschulen.

Mit 1554 Kindern stellten Ausländer exakt 25% und somit ein Viertel der Grundschüler dar.

Für Walter Blaas stellt dies eine bedenkliche Entwicklung dar. „Dieser rasante Anstieg stellt nicht nur unsere Schüler und Lehrpersonen vor große neue Herausforderungen, sondern ist auch volkstumspolitisch gefährlich. Der jahrzehntelange Rückgang der Geburten und die außereuropäische Masseneinwanderung können bei gleichbleibender Entwicklung dazu führen, dass wir in mittlerer Zukunft eine Minderheit im eigenen Land werden. Der über Jahrzehnte stabile Proporz wird sich zu Ungunsten der deutschen und ladinischen Minderheit verschieben“, schreibt Blaas in einer Pressemitteilung. „Bereits jetzt leben zahlenmäßig mehr Ausländer in Südtirol als Ladiner.“

Wenn die ungebremste Masseneinwanderung weiter anhält, wird die Südtiroler Autonomie zur Disposition stehen“, warnt der Freiheitliche Landesparteiobmann abschließend und fordert mit Nachdruck den Schutz der Außengrenzen, die Unterbindung der illegalen Einwanderung und die sofortige Abschiebung von Personen, die keine Aufenthaltsgenehmigung haben.

In letzter Zeit häuft sich die Kritik von Altlandeshauptmann Luis Durnwalder an seinem Nachfolger Arno Kompatscher. "Er ist zu wenig nahe an der Bevölkerung".

Wenig schmeichelhaft äußerte sich gestern in einem APA - Interview Süd-Tirols Altlandeshauptmann Luis Durnwalder über seinen Nachfolger Arno Kompatscher. Er ortet bei Kompatscher **mangelnde Volksnähe.**

Und Kompatscher nehme seine Partei, die Südtiroler Volkspartei, **"oft nicht mit"** schreibt Peter Nindler in der Tiroler Tageszeitung vom 15. September 2016.

Nicht nur Altlandeshauptmann Durnwalder stellt das fest, sondern auch alle aufmerksamen Beobachter der politischen Lage in Süd-Tirol unter ihnen auch der Andreas Hofer - Bund Tirol. **Der Obmann des AHB Tirol, Ing. Winfried Matuella**

Liebe Kameraden, sehr verehrter Herr Obmann Ing. Matuella,

das ist aber noch sehr harmlos und ungemein höflich ausgedrückt ...Deutlicher gesagt:

LH Durnwalder war schon ein Ungeist; er hat uns genug geschadet, und selbst das scheint untertrieben ausgedrückt! LH Kompatscher ist schlicht ein billiger Verräter, ein Süd-Tiroler Landeshauptmann, wie sich ihn die italienischen Herrschenden immer erträumt hatten. Mehr braucht man dazu auch nicht zu sagen.

Der Autor möchte nicht genannt werden, Adresse der Redaktion bekannt, H.U.

Proporz: Ausländer von heute sind Italiener von morgen!

Alarmiert zeigt sich die Südtiroler Freiheit aufgrund der nicht enden wollenden Zuwanderungswelle. Die Bewegung betrachtet diese als ernsthafte Bedrohung für das langfristige Überleben unserer deutsch- und ladinisch-

sprachigen Volksgruppe im Staat Italien. Dies vor allem deshalb, da sich die Ausländer vorwiegend in die italienische Sprachgruppe eingliedern. Statistische Daten untermauern die Befürchtungen der Bewegung. „Der Proporz, die wichtigste Säule der Autonomie, wird dadurch untergraben. Es ist fünf vor zwölf“!

Das Süd-Tiroler Statistikamt ASTAT kommt zu einem eindeutigen Schluss: „Da Ausländerinnen eine relativ hohe Fruchtbarkeit an den Tag legen, werden die künftigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund zahlenmäßig beträchtlich zulegen!“ Auch sie werden die italienische Staatsbürgerschaft bekommen, sobald ein Elternteil eingebürgert wurde. „Und diese Einbürgerungen steigen rasant“, zeigt Stefan Zelger, Landesleitungsmitglied der Südtiroler Freiheit auf. „Alleine in den Jahren von 2011 bis 2015 wurde rund 3.000 Nicht-EU-Ausländern in Süd-Tirol die italienische Staatsbürgerschaft verliehen. Eine Steigerung von über 340 Prozent in nur fünf Jahren!“ Mit der anhaltenden Zuwanderungswelle werde sich die Situation weiter verschärfen und potenzieren, befürchtet die Südtiroler Freiheit.

„Die Daten zeigen auch deutlich, dass sich die Mehrheit der Ausländer in die italienische Sprachgruppe eingliedert“, gibt Bernhard Zimmerhofer, Landtagsabgeordneter der Südtiroler Freiheit zu bedenken. „Sie leben hauptsächlich in den Städten, vor allem in Bozen; und dementsprechend gehen ihre Kinder in die italienischen Schulen. Die Ausländer von heute sind die Italiener von morgen! Durch diese unkontrollierte Einwanderungswelle wird nicht nur der Proporz zu Un-

gunsten der Süd – Tiroler verschoben, sondern auch das sprachlich-kulturelle Überleben der Süd-Tiroler langfristig gefährdet“!

Die Südtiroler Freiheit richtet deshalb einen eindringlichen Appell an die Landesregierung: „Wenn nicht bald gesetzliche Bestimmungen geschaffen werden, um die Einwanderung zu begrenzen und die in Süd-Tirol lebenden Ausländer ganz gezielt in die deutsche und ladinische Sprachgruppe zu integrieren, wird es für Süd-Tirol ein schlimmes Erwachen geben. Wenn wir nicht irgendwann als Minderheit im eigenen Land enden möchten, müssen wir sofort handeln“!

Stefan Zelger, Landesleitungsmitglied der Südtiroler Freiheit

Bernhard Zimmerhofer, Landtagsabgeordneter der Südtiroler Freiheit

Zu diesen Thema meint der Andreas Hofer Bund Tirol:

Der Andreas Hofer - Bund Tirol stellt mit Bedauern fest: Was Mussolini und Hitler sowie auch das demokratische Nachkriegsitalien nicht schaffte, das deutsch-ladinische Süd-Tirol abzuschaffen, schafft möglicherweise heute die staatlich geförderte Zuwanderung und die bis heute von einer SVP geführten Landesregierung, da der grenzenlosen Verfremdung nichts oder nur wenig entgegen gesetzt wird.

In Südtirol gilt der ethnische Proporz der eine gesetzlich festgeschriebene Rahmenrichtlinie ist, die in Süd-Tirol bei der Vergabe von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, bei der Verteilung von öffentlichen Sozialleistungen und von den Budgetmitteln der regionalen Landesverwaltung zur Anwen-

dung kommt. Der ethnische Proporz garantiert eine Verteilung der Mittel an die drei gesetzlichen anerkannten Sprachgruppen (deutsch, ladinisch, italienisch). Die Höhe des Anteils an Mitteln ergibt sich für jede Sprachgruppe aus ihrer zahlenmäßigen Stärke, die über die amtliche, in zehnjährigen Intervallen durchgeführten Volkszählung festgestellt wird. Daher - Ausländer von heute sind Italiener von morgen - daher mehr für Italiener - weniger für deutsch-ladinische Süd-Tiroler. Man kann sich des Eindruckes kaum erwehren, dass man in Süd-Tirol unter eine SVP dominierten Landesregierung bereits sein eigenes Grab schaufelt. Und Italien reibt sich die Hände.

Ing. Winfried Matuella, Obmann Andreas Hofer Bund Tirol

*

70 Jahre Pariser Vertrag: Nur linientreue Historiker als Referenten?

Der Landtagsabgeordnete der Süd-Tiroler Freiheit, Bernhard Zimmerhofer, kritisiert die Auswahl der Referenten zur Feier „70 Jahre Pariser Vertrag“. Er fürchtet nämlich, dass die „überwiegend linientreuen Haus-und-Hof-Historiker von SVP und PD ihre altbekannten und einseitigen Geschichtsdarstellungen vorbringen werden und dass somit eine unabhängige und kritische Betrachtung der historischen Ereignisse im Zusammenhang mit dem Pariser Vertrag nicht gewährleistet sein wird“. In der Feier sieht Zimmerhofer eine „reine Selbstbeweihräucherungs-Veranstaltung von SVP und PD, da man tunlichst darauf bedacht sein wird, die vielen Verletzungen unserer autonomen Rechte durch den Staat einfach auszublenden“.

In einer Landtagsanfrage verlangt Zimmerhofer von der Landesregierung die Auflistung der Gesamtkosten für die Feierlichkeiten, die der Steuerzahler zu tragen hat. Außerdem will er wissen, von wem und nach welchen Kriterien die Referenten ausgesucht wurden.

L.-Abg. Bernhard Zimmerhofer, Süd-Tiroler Freiheit

*

Gedenkfeier zum 50 jährigen Bestehen der Kriegsgräberstätte Bad Niederbronn im Unterelsaß.



Am 1. Oktober 2016 wurde dem 50 jährigen Bestehen der Kriegsgräberstätte Bad Niederbronn im Unterelsaß in einer würdigen Gedenkfeier gedacht. Auf dem Friedhof ruhen insgesamt 15.427 Gefallene, die während des 2. Weltkrieges im östlichen Lothringen und im Unterelsaß gefallen sind. Darunter 280 Gefallene aus Österreich und mindestens 14 Gefallene aus Tirol. In den letzten Jahren wurden die ca. 4000 Grabkreuze erneuert, da die 50 Jahre alten Grabkreuze verwittert waren und die Inschriften nicht mehr leserlich waren.

Der Andreas Hofer Bund e.V. aus Deutschland nahm mit einer Abordnung der Bundesleitung, u.a. mit dem Bundesvorsitzen

den Hermann Unterkircher und dem Finanzreferenten Karl Christmann teil. Der Andreas Hofer Bund Tirol war mit dem Mitglied Peter Kopetz vertreten. Als Fahne wurde die Gruppenfahne der Gruppe Saar Pfalz des Andreas Hofer Bund e.V. mitgeführt. Der Südtiroler Schützenbund wollte auch bei dieser Feier anwesend sein, aber es gab leider im Vorfeld Unstimmigkeiten mit der Friedhofsleitung, so dass sich der Schützenbund nicht in der Lage sah unter diesen Umständen teilzunehmen. Man traf sich gegen 12:00 Am Friedhof in Niederbronn, um zunächst die Gräber der 14 Gefallenen aus Tirol mit je einem Blumenstrauß zu schmücken. Danach legte man am Hochkreuz einen Kranz mit weiß-roten Kranzschleifen nieder, der den gefallenen Tirolern gewidmet war.

An der Gedenkfeier, die um 14:30 begann nahmen ca. 250 Personen teil. (bei der Eröffnungsfeier im Jahr 1966 zählte man über 20 000 Besucher) Die Teilnehmer kamen aus allen Teilen Deutschlands. Die Stadt Bad Niederbronn und die französischen Gebietskörperschaften entsandten offizielle Vertreter. Die Bundeswehr war durch Soldaten des Euro-Korps durch die Reservistenkameradschaft Kleineibstadt in Unterfranken vertreten. Musikalisch umrahmt wurde die Feierstunde von dem Stadtorchester Bad Niederbronn, der Sängerin Corinna Fuhrmann und einem Trompeter der franz. Streitkräfte.

In seiner Begrüßung erläuterte Bernard Klein, der Leiter der benachbarten Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte das Entstehen der deutschen Kriegsgräberstätte Bad Niederbronn und die zeitlichen Begleitumstände.

Der ehemalige französische Staatsminister Daniel Hoeffel aus Straßburg hielt eine sehr beeindruckende Gedenkrede, in der er die segensreichen Errungenschaften der Deutsch-Französischen Freundschaft betonte. Anschließend sprach Brigadegeneral Franz Pfrenge, vom Euro-Korps, das Totengedenken. Bei der offiziellen Kranzniederlegung der Stadt Bad Niederbronn-les-Bains, des Volksbundes sowie des Generalkonsuls der Bundesrepublik Deutschland wurde ein französisches Trompetensignal und das Lied vom guten guten Kameraden intoniert. Die Gedenkveranstaltung bot zugleich den feierlichen Rahmen, um drei Persönlichkeiten für ihre jahrelange Mitwirkung am Volkstrauertag auf der Kriegsgräberstätte Niederbronn mit der Albert Schweitzer Medaille des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge auszuzeichnen. Im Zentrum der Gedenkfeier stand die Beisetzung von 15 Soldaten. Sie wurden in den vergangenen Monaten aus namenlosen Grablagen in den umliegenden Wäldern geborgen und erhielten nun endlich eine würdige letzte Ruhestätte auf der Kriegsgräberstätte Niederbronn. Zwölf dieser Kriegstoten fand man in einem Waldstück nahe Bliesbrück, das nur etwa 50 Kilometer von Niederbronn entfernt liegt. Dabei gelang es dem Volksbund in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Dienststelle in Berlin, drei der eingebetteten Kriegstoten erfolgreich zu identifizieren – und ihnen so über 70 Jahre nach ihrem Ableben ihre Namen zurückzugeben. Die Beisetzung wurde unter dem Segen von Pfarrer Patrick Gebel durch das beeindruckende Trompetenspiel von Major Patrick Kautz-

mann umrahmt. Für die Gäste war dies wohl der bewegendste Moment der Gedenkveranstaltung. Zum Abschluß der Gedenkfeier erklangen noch die Deutsche, Französische Nationalhymne und Europahymne.



*

Stellenwahl: Lehrer ohne CLIL-Ausbildung werden „ausgebootet“

„Das im Juni verabschiedete Bildungsgesetz des Landesrats Philipp Achammer zeigt bei der bevorstehenden Stellenwahl der Mittel- und Oberschullehrer nun seine ersten Wirkungen. Einige Stellen wurden für den Sachfachunterricht nach der CLIL-Methodik ausgeschrieben und können von Lehrpersonen, welche sich in den CLIL-Verzeichnissen befinden, mit Vorrang gewählt werden. Somit können beispielsweise Lehrer ohne Lehrbefähigung, welche einen CLIL-Kurs absolviert haben, eine Stelle vor Lehrern mit Lehrbefähigung, aber ohne CLIL-Ausbildung wählen. Somit wird mit dem CLIL-Unterricht also nicht bloß der muttersprachliche Unterricht untergraben, es werden auch muttersprachliche Lehrer „ausgebootet“, kritisiert der Freiheitliche Landtagsabgeordnete Pius Leitner in einer Pressemitteilung.

„Dass sich nur sehr wenige Lehrpersonen für das kommende Schuljahr in CLIL-Verzeichnisse eintragen ließen, zeigt deutlich, dass sich das Interesse der Südtiroler Lehrer

schaft für den CLIL-Unterricht stark in Grenzen hält. Wohl auch deshalb wurde von Landesrat Achammer ein Passus ins Bildungsgesetz eingefügt, wonach Schulen CLIL-Stellen auch an „Personen außerhalb der Berufskategorie der Lehrpersonen“ vergeben können, falls es nicht gelingt, diese Stellen mit Lehrern zu besetzen. Dass diese Regelung alles andere als pädagogisch sinnvoll ist, haben wir Freiheitliche bereits im Vorfeld kritisiert. Aber leider scheint die SVP und die Landesregierung den Wünschen jener zu folgen, die auf Teufel komm raus die gemischtsprachige Schule wollen“, so Leitner abschließend.

*

Anschluss an Österreich – Nicht nur Südtirols Kirche sondern auch SVP einhellig dafür.

Der Südtiroler Heimatbund, so Obmann Roland Lang, hat mit großem Interesse die vom Schützenbund ans Tageslicht beförderten Akten im Zusammenhang mit der Bemühungen des Südtiroler Klerus um die Freiheit Südtirols und den Anschluss an Österreich verfolgt. In diesem Zusammenhang weist der SHB darauf hin, dass nicht nur die Kirche, sondern auch alle Ortsobmänner der SVP 1945 und somit ganz kurz nach Kriegsende eine ähnliche Unterschriftenaktion gestartet haben.

Kurz nach Kriegsende mobilisierte nicht nur der gesamte Südtiroler Klerus seine Stimmen, um die Rückkehr zum Mutterland Österreich einzufordern, sondern auch die einzige damals genehmigte Partei der deutschen und ladinischen Minderheit, nämlich die Südtiroler Volkspartei.

Alle Ortsobmänner unterzeichneten die vom zuständigen SVP-Bezirk vorbereitete Petition im Namen aller Mitglieder. Dem SHB liegen Kopien der Originale aus dem August 1945 vor mit den Namen der Ortsobmänner und dem Text der je nach Bezirk im Grunde ähnlich lautenden Petition. So sprechen sich zum Beispiel die Orstobmänner des Burggrafenamtes explizit dafür aus, dass das alte Herz- und Kernland Tirols, in dem seine Stammburg steht, Meran, Burggrafenamt und Passeier (...) an Österreich angeschlossen werden solle. Im Kontext bringen alle Bezirke die eindringliche Bitte der Südtiroler Bevölkerung der zuständigen Dörfer und Bezirke zum Ausdruck, dass das Unrecht von 1919, der Annexion durch Italien, wieder gutgemacht wird und Südtirol mit Nord- und Osttirol wieder vereint werde. Der Pustertaler Bezirk erwähnt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die unnatürliche und wirtschaftshemmende Zerreißung des Pustertales durch die Unrechtgrenze. Eine interessante Parallele, wie sie auch heute bezüglich der Grenzzaunproblematik von Landespolitikern vorgebracht wird, so Roland Lang in einer Aussendung. Man unterstreicht auch die Möglichkeit, dass wenn von Seiten der Alliierten Zweifel an der Aufrichtigkeit der Petition und des Volkswillens bestünde, man dies durch eine freie Volksabstimmung überprüfen lassen könne. Der Bezirk Sterzing bekundet, dass man schon immer mit dem nördlichen Teil des Wipptals jenseits des Brenners zu einer Einheit verbunden gewesen sei und dass dies durch die obig erwähnten demokratischen Schritte wieder richtiggestellt werden soll. Insgesamt

unterschrieben 7 Bezirksobmänner und 136 Orstobmänner die Petitionen, die eindeutig den Willen des Südtiroler Volkes von politischer Seite bekunden sollten – für die Unrechtsbeseitigung und die Selbstbestimmung.

Roland Lang, Obmann Südtiroler Heimatbund

✱

**Südtiroler Heimatbund:
Zum 90. Geburtstag von Luis Amplatz**

Der Südtiroler Heimatbund erinnert an den 90. Geburtstag des Freiheitskämpfers Luis Amplatz, den er am 28. August gefeiert hätte. Der Grieser Schütze, der in den späten 1950er- und 1960er-Jahren an den Ereignissen rund um die sogenannte „Feuernacht“ mit dabei war, wurde im September 1964 von einem italienischen Geheimagenten kaltblütig im Schlaf erschossen und wurde somit Opfer eines hinterlistigen Mordattentats, so der SHB-Obmann Roland Lang.

Amplatz war ein aufrechter Tiroler. Bereits in seiner frühesten Kindheit musste er mit ansehen, wie die faschistische Unterdrückungspolitik ihr Unwesen trieb und, nachdem sie Tausende von Obstbäumen fällen ließ, die Industriezone errichtete. Diese Begebenheit ließ den jungen Amplatz schnell erwachsen werden und den Widerstand in ihm keimen.

Amplatz, der wegen seiner Aktivitäten vom italienischen Staat mit einer sehr hohen Strafe belegt, aber nie gefangen genommen werden konnte, wusste schon frühzeitig, dass nur ein gewaltsamer, von der Welt gehörter Protest, Erfolg in der Lösung der Südtirolfrage haben könnte. Der Name des Freiheitshelden Luis Amplatz und sein selbstloser Einsatz wird,

solange es Tiroler gibt, immer ehrenvoll genannt werden. Seine Heimatliebe bezahlte der Schütze mit seinem Leben. Nicht umsonst steht auf seinem Grabstein: ...grüß mir die Heimat, die ich mehr als mein Leben geliebt“!

Um die Freiheit Südtirols zu erlangen, können heutzutage legale, demokratische Zeichen gesetzt werden. Dies war in den sechziger Jahren nicht möglich. Erst der Freiheitskampf zwang Italien an den Verhandlungstisch.

Doch man muss auch selbst einen Anfang machen, um das Vermächtnis von Amplatz fortzusetzen. Lieber Luis, dein Einsatz bleibt uns Verpflichtung, schließt Roland Lang.

✱

**Südtirol anno 2016:
Weil Pusterer Gastwirte im Zug musiziert hatten, wurden sie am Bahnhof Bozen von sechs Polizisten empfangen**
Zehn Gastwirte und Hoteliers aus Sexten und Innichen waren nach Tscherms aufgebrochen, um dort einigen Betrieben einen Besuch abzustatten. Im Zug zwischen Meran und Bozen packten die musikalischen Pusterer auf der Rückfahrt Ziehharmonika und Gitarre aus, um einige Lieder zum Besten zu geben. Ein paar Eigenkompositionen und Südtiroler Lieder zum Mitsummen wurden angestimmt. Den Schülern im Zug und anderen Mitreisenden, so zumindest die Wahrnehmung der Musiker, hat das Ständchen gefallen. Zumindest hat sich niemand beschwert. Und nach Rücksprache mit den Zugreisenden sagten diese auch gleich, dass sie sich ganz und gar nicht gestört fühlten. Ganz anders ein wohl etwas übereifriger Schaffner italienischer Muttersprache.

„Er hat sich wahnsinnig aufgeregt“, erzählt der Sextner Hotelier Peter Karadar, und dann gleich auch noch die Polizei in Bozen verständigt.“ Der Schaffner hat die zehn Gastwirte im Zug bewacht, damit sie auf dem Weg nach Bozen nicht bei der erstbesten Haltestelle aussteigen und die Flucht ergreifen. In Bozen am Bahnhof wartete bereits eine stattliche Delegation Ordnungshütern auf die Pusterer. Insgesamt sechs Polizisten nahmen die Musiker in Empfang und überbrachten ihnen eine unschöne Botschaft: Sie müssen jetzt mit einer saftigen Verwaltungsstrafe rechnen. Peter Karadar und seine Hoteliers-Kollegen aus dem Hochpustertal ärgert das freilich maßlos. „Hier werden Bürger“ sagt Karadar, „die ihre natürliche Südtiroler Fröhlichkeit leben und ein bisschen schöne Musik machen, ihrer Grundrechte beraubt“. Die Hoteliers aus Sexten und Innichen wollen den Vorfall nicht auf sich beruhen lassen. Sie kündigen an, gegen diese Verwaltungsstrafe wegen „Musizierens im Zug“ Rekurs einlegen zu wollen.

Das konnte man in der „Südtiroler Tageszeitung“ Anfang Juni lesen.

*

In ehrendem Gedenken an den Freiheitskämpfer Dipl. Ing. Günther Schweinberger.

Am 25. Oktober 2016 wurde Dipl. Ing. Günther Schweinberger in seiner Heimatgemeinde Hohenau an der March in Niederösterreich zur letzten Ruhe geleitet. Er war als Patient im Spital einer Virusinfektion erlegen, so der SHB- Obmann Roland Lang.

Der katholische Geistliche fand bei der Verabschiedung sehr berührende Worte, er war ein persönlicher Freund des Verstorbenen gewesen. Günther Schweinberger hatte in Wien studiert, hatte sich aber auch eine Zeit lang in Innsbruck aufgehalten. Er war mit dem

„Befreiungsausschuss Südtirol“ (BAS) in Verbindung gekommen und hatte sich an der Vorbereitung und Durchführung von Aktionen im Herbst 1961 in Südtirol beteiligt.

In Österreich stand Günther Schweinberger drei Mal vor Gericht. Im Mai 1965 musste er sich zusammen mit 21 weiteren Angeklagten, unter denen sich auch Kurt Welser und der berühmte Nordtiroler Schriftsteller Dr. Heinrich Klier befanden, vor dem Schöffengericht in Graz verantworten.

Am 12. Mai 1965 erklärte Günther Schweinberger vor Gericht, dass ihn die Folterungen Südtiroler Gefangener durch die Carabinieri dazu veranlasst hätten, an dem Zustandekommen von Demonstrationssprengungen mitzuwirken.

Was unter diesen Folterungen zu verstehen sei, das schilderte der Zeuge Siegfried Graf aus Prad im Vinschgau, der ein guter Freund Günther Schweinbergers war. Graf war 1961 verhaftet, schwer gefoltert und nach 6 Wochen Haft durch einen Irrtum auf freien Fuß gesetzt worden, sodass er nach Nordtirol hatte flüchten können. Man habe ihm mit einem Metall-Lineal auf den Kopf geschlagen, bis er bewusstlos war. Dann musste er in eine starke Quarzlampe schauen, wenn er zusammensackte, wurde er wieder geprügelt und mit dem Kopf gegen den Ofen geschlagen. Am nächsten Tag setzte man ihm Kopfhörer mit Hochfrequenz auf. Laut Graf war das ein Gefühl, als wenn ihm der Kopf weggerissen würde. Nach dieser Folter war er auf einem Ohr so gut wie taub. Dann wurde er wieder geschlagen, auch mit Maschinenpistolen. Er musste sich nackt ausziehen und wurde mit glühenden Zigaretten am ganzen Körper verbrannt und geschlagen.

Nach dieser und anderen Aussagen erklärte sich das Schöffengericht für unzuständig, weil es sich um ein politisches Delikt handle, und verwies das Verfahren an das Schwurgericht in Graz.

In diesem Prozess blieb auf der Anklagebank ein Sitzplatz frei.

Auf dem leeren Platz lag ein Blumenstrauß für Kurt Welser, der am 15. August 1965 am Zinalrothorn in der Schweiz den Bergtod gefunden hatte und in den Armen seines Freundes und Bergkameraden Heinrich Klier gestorben war.

Vor den Geschworenen erklärte Günther Schweinberger am 23. September 1965: „Wir sind keine Kriegshetzer und Anarchisten. Niemand würde lieber als wir die Hand über die Salurner Klausen hinweg zur Versöhnung reichen, wenn die Südtirol Frage im europäischen Geiste gelöst wird.“

Am 14. Oktober 1965 sprachen die Geschworenen Günther Schweinberger und alle anderen Angeklagten einstimmig frei und folgten damit der Argumentation der Verteidigung, wonach in Südtirol Notstand herrsche und Nothilfe seitens der Angeklagten gerechtfertigt und damit nicht strafbar sei.

Der Freispruch wurde umgehend wegen „Irrtums der Geschworenen“ aufgehoben und es wurde ein neuerlicher Geschworenenprozess in Linz durchgeführt, der 1967 mit dem gleichen Ergebnis endete: Mit einem nun endgültigen Freispruch für alle Angeklagten.

Günther Schweinberger blieb bis zu seinem Lebensende dem Schicksal Südtirols und seinen ehemaligen Kameraden aus dem Freiheitskampf eng verbunden. Seine Freunde trauern um ihn.

Der „Südtiroler Heimatbund“ gedenkt des Verstorbenen und fühlt mit den Angehörigen, die einen lieben Menschen verloren haben.

Roland Lang; Obmann des Südtiroler Heimatbundes

*

Muttersprache an Südtirols Kindergärten und Schulen muss erhoben werden.

Die Freiheitliche Landtagsabgeordnete Tamara Oberhofer betont die Wichtigkeit einer statistischen Erhebung über die Muttersprache der Schüler an Südtirols Schulen aber auch der Kinder an Südtirols Kindergärten. Verwundert zeigt sie sich über

das Desinteresse vonseiten der zständigen Landesräte Achammer und Tommasini.

„In einer Anfrage an die beiden Landesräte wollte ich mich über den Anteil der Schüler mit nicht-deutscher und nichtitalienischer Muttersprache informieren. In den Antworten wurde darauf hingewiesen, dass es keine Auflistung und somit keine Informationen über die Muttersprache der Schüler gibt. Diese Tatsache erstaunt mich auf Grund der Wichtigkeit dieser Information genauso, wie die Gleichgültigkeit der Landesregierung über den Anstoß, eine entsprechende Erhebung vom Landesinstitut für Statistik durchführen zu lassen. Der genannte Grund für eine bis dato fehlende statistische Erhebung waren die Datenschutzgründe, begleitet von einer besonderen Begründung: das „Prinzip der Notwendigkeit“, welches somit laut Landesregierung nicht gegeben sei“, erklärt Oberhofer.

„Der Schutz der deutschen Sprache und die Sicherstellung einer optimalen Sprachausbildung aller Schüler in Südtirol, machen eine statistische Erhebung notwendig“, stellt die Freiheitliche Landtagsabgeordnete klar. „Das Desinteresse der Landesräte ist unverständlich und auch fahrlässig im Hinblick auf die Zukunft jedes einzelnen Schüler und Kindes. Man kann nur durch rechtzeitige Maßnahmen bestimmte Negativentwicklungen, wie die Gefahren für die Muttersprache, gerade in einem Land wie Südtirol, entgegenwirken, wenn man über entsprechende Zahlen in Kenntnis ist.

Lehrer, aber auch pädagogisches Fachpersonal an den Kindergärten klagten regelmäßig über Probleme, welche die permanente Zunahme an Schülern und Kindern nicht-

deutscher und nicht-italienischer Muttersprache mit sich bringt. Die Erforschung der Situation an Südtirols Kindergärten wäre somit gleichermaßen wichtig“, ist Oberhofer überzeugt.

„Die genannten Datenschutzgründe sind für mich eine offensichtliche Ausrede, da ich es mir nicht erklären kann, warum die Bundesanstalt Statistik Österreich vergleichbare Statistiken durchführen darf. Die Formulare, welche auf der entsprechenden Seite für das Erhebungsjahr 2015/2016 bereits abrufbar sind, werde ich an die Landesregierung als Vorschlag weiterreichen und die Durchführung einer entsprechenden Statistik aus „Prinzip der Notwendigkeit“ fordern. Durch die entsprechenden Ergebnisse können zudem auch Lehrer und pädagogisches Fachpersonal durch gezielt unterstützende Maßnahmen entlastet werden und die Schüler, welcher Herkunft auch immer, optimal gefördert und integriert werden.

L. Abg. Tamara Oberhofer, „die Freiheitlichen“



Bundesleitungsversammlung des AHB e.V. am 19. Nov. 2016 in Kirchheim Teck,

Um 10.30 Uhr eröffnete der Vorsitzende Hermann Unterkircher die Bundesleitungsversammlung und begrüßte 8 Mitglieder der Bundesvorstandschaft des Andreas Hofer Bund e.V. Die, die aus ganz Deutschland und Tirol zusammenkamen.

Es wurden verschiedene Dinge zur Aussprache gebracht und eine gute Zusammenarbeit innerhalb des Bundes und mit dem AHB Tirol bestätigt. Die Finanzlage ist sehr ausgeglichen und vom Finanzreferent Karl Christmann bestens geführt. Nach verschiedenen Diskus-

sionen die Themen in Südtirol betrafen, wurde noch einstimmig beschlossen den „Herz Jesu Notfond“ des Südtiroler Schützenbund 500 Euro als Spende zukommen zu lassen.

Ein ausführlicher Bericht der Bundesvorstandsitzung erscheint im nächsten Bergfeuer 1/17.

Hermann Unterkircher, Bundesvorsitzender, Andreas Hofer Bund e.V. Deutschland



AHB Tirol

Die Vereinszusammenkünfte finden immer am 2. Samstag im Monat, um 19:30 Uhr, im Gasthof Sailer, Adamgasse 8, in Innsbruck statt.



Wenn Sie Interesse an der politischen und kulturellen Lage in Südtirol haben dann setzen Sie sich bitte mit den Andreas Hofer Bund e.V. in Verbindung:

Andreas Hofer Bund e.V. Deutschland, Postfach 1116; 82451 Garmisch Partenkirchen oder über E-Post: Schriftleitung-Bergfeuer@web.de, oder AHB-ev@gmx.de



Unterstützen Sie den Volkstumskampf unserer Landsleute im südlichen Teil Tirols und werden Sie Mitglied im Andreas Hofer Bund Deutschland e.V.

Besuchen Sie unseren Internetauftritt: www.andreas-hofer-bund.de

Der Andreas Hofer Bund Deutschland e.V. wünscht allen Mitgliedern, Freunden und Unterstützern ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr 2017



Redaktionsschluss für das nächste Berg-Feuer 1/2017 ist Sonntag, der 15. Jänner 2017

Impressum:

Herausgeber und Verleger: Andreas-Hofer-Bund e.V., Bundesleitung, Postfach 11 16; D-82451 Garmisch-Partenkirchen
Der Andreas-Hofer-Bund ist parteipolitisch neutral. Die Bezugsgebühr ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Anschrift und Schriftleitung: Berg-Feuer, Hermann Unterkircher, 82467 Garmisch-Partenkirchen, Fax: 08821-946 1551

E-Mail: Schriftleitung@Bergfeuer.web.de

Verantwortlich i.S.d.P.: Bundesobmann Hermann Unterkircher, Postfach 11 16; D-82451 Garmisch-Partenkirchen

Druck: Kopierzentrum Homburg, Talstraße 53, 66424 Homburg, Fax.: 0 68 41 / 120 006

Bankverbindung: Postbank München: IBAN: DE58 7001 0080 0054 1008 01; BIC: PBNKDEFF

Österreich: Volksbank Kufstein: IBAN: AT44 4377 0000 0017 1883; BIC: VBOEATWWKUF